

Wilsdruffer Tageblatt

Sprechsprecher Wilsdruff Nr. 6

Wochenblatt für Wilsdruff und Umgegend

Postfachkonto Leipzig 28614

Erste Seite mit Ausnahme der Sonntags- und Feiertagsausgaben 3 Uhr für den folgenden Tag. Preis pro Exemplar 4 Pf., bei Abnahme von 100 Exemplaren monatlich 40 Pf., bei Abnahme von 1000 Exemplaren monatlich 3.50 Pf., bei Abnahme von 10000 Exemplaren monatlich 3.00 Pf. Die Post beginnt monatlich 13.20 Pf. mit Zustellungsdauer. Alle Poststellen und Postämter sowie andere Abnehmer und Geschäftsstellen können jederzeit Bestellungen entgegennehmen. Im Falle eines Krieges, einer Revolution oder sonstiger Verhältnisse können die Bestellungen auf Lieferung der Zeitung oder Abnahme des Postverkehrs.



Interessanteste 1. Seite für die Haushaltung oder deren Raum. Preis pro Exemplar 2.50 Pf., bei Abnahme von 100 Exemplaren monatlich 25 Pf., bei Abnahme von 1000 Exemplaren monatlich 2.00 Pf., bei Abnahme von 10000 Exemplaren monatlich 1.50 Pf. Die Post beginnt monatlich 13.20 Pf. mit Zustellungsdauer. Alle Poststellen und Postämter sowie andere Abnehmer und Geschäftsstellen können jederzeit Bestellungen entgegennehmen. Im Falle eines Krieges, einer Revolution oder sonstiger Verhältnisse können die Bestellungen auf Lieferung der Zeitung oder Abnahme des Postverkehrs.

Erscheint seit dem Jahre 1841

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Reichen, des Amtsgerichts Wilsdruff, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt. Verleger und Drucker: Arthur Zschunke in Wilsdruff. Verantwortlicher Schriftleiter: Hermann Päßig, für den Inseratenteil: Arthur Zschunke, beide in Wilsdruff.

Nr. 11.

Freitag den 14. Januar 1921.

80. Jahrgang.

Ämtlicher Teil.

Hengstkörung.

Gemäß § 3 Abs. 2 des Hengst-Körungs-Gesetzes vom 20. Juli 1916 wird hiermit bekanntgegeben, daß die Körung der im Dezember v. J. angemeldeten Hengste

Freitag den 21. Januar 1921

nachmittags 4 Uhr in Rössen am Gasthof „Stadt Leipzig“ sowie

Donnerstag den 27. Januar 1921

nachmittags 2 Uhr in Reichen am Gasthof „Blauer Stern“

erfolgen soll.

Die Hengstbesitzer, auch diejenigen, die etwa den Anmeldetermin übersehen haben, werden auf die Körung besonders hingewiesen und ersucht, für rechtzeitige Vorführung der Hengste Sorge zu tragen.

Reichen, am 12. Januar 1921.

Nr. 43a V.

Die Amtshauptmannschaft.

Freitag den 14. Januar 1921 vorm. von 9—1 Uhr und nachm. von 3—4 Uhr

**Ausgabe der neuen Brotmarken,
Selbstverfogerbrotmarken
für Februar, März, April,
Landesfettkarten und
Vollmilchkarten.**

Die Abholung hat unbedingt an dem bekanntgemachten Tage zu erfolgen. Nicht abgeholte Marken werden erst nach 8 Tagen ausgegeben.

Wilsdruff, am 11. Januar 1921.

1784

Der Stadtrat.

Kleine Anzeigen

haben im „Wilsdruffer Tageblatt“, das einen weitverbreiteten u. kaufkräftigen Leserkreis besitzt, große Wirkung.

Kleine Zeitung für eilige Leser.

* Infolge des Spa-Abkommens ist die Eisenbahn so spärlich mit Kohlen beliefert, daß voraussichtlich der Personenverkehr eingeschränkt werden muß.

* Reichskanzler Feilerbach ist am 11. Januar in sein 70. Lebensjahr eingetreten.

* Infolge eines Mißtrauensvotums des Landtages ist die Schweizer Regierung zurückgetreten.

* Die Weisener Sachverständigenkonferenz wird ihre Arbeiten erst Ende Januar wieder aufnehmen.

* Der Kongress der argentinischen sozialistischen Partei hat mit 5013 Stimmen gegen 3056 Stimmen den Anschluß an die dritte Internationale abgelehnt.

Die Unsicherheit in Oberschlesien.

Energischer deutscher Protest.

Von der deutschen Friedensdelegation in Paris ist an die Völkervereinigung eine Note gerichtet worden, die gleichzeitig in London, Paris und Rom übergeben worden ist. Darin wird mit Bezug auf die Unruhen im oberschlesischen Abstammungsgebiet gegen die zeitlich getrennte Abstimmung Verwahrung eingelegt. In eingehenden Ausführungen über die Zustände in Oberschlesien wird u. a. darauf hingewiesen, daß selbst am helllichten Tage in belebten Straßen Passanten von sogenannten Entkleidungskommissionen ihrer Kleidung beraubt werden.

Die Anzahl der Morde ist um rund 243 Prozent, die der Raubüberfälle um 80 Prozent gestiegen.

In besonderen Anlegen wird ein Teil der seit dem letzten Aufstand erfolgten unerhörten Gewalt- und Greuelthaten zusammengestellt. Als Hauptursache der trostlosen Lage in Oberschlesien wird die Unzulänglichkeit der Maßnahmen der Interalliierten Kommission genannt, deren Truppen es nicht nur unterlassen, gegen die Verbrecher und Banditen energisch vorzugehen, sondern die auch die ausgezeichnete deutsche Polizei aufgelöst und an ihre Stelle polizeiliche Gendarmen gestellt hat, die mit unsicheren Elementen stark durchsetzt sind. Besonders wird auf die lässige Handhabung der Kontrolle der Grenzübergänge an der Süd- und Ostgrenze hingewiesen, deren Überschreiten an unerlaubter Stelle schon an sich keine besonderen Schwierigkeiten bietet und die noch durch die Ausstellung von ganz unkontrollierten und unkontrollierbaren Sammelbüßen sehr erleichtert wird. So seien bei der Denkmalserrichtung in Sosnowice nach polnischen Angaben 40 000 Oberschlesier auf diese Art über die Grenze gewechselt. Um diesen

Schweren Gefahren

endlich zu begegnen, verlangt die Note, daß ohne jeden Verzug die Absperrung der Süd- und Ostgrenze so durchgeführt wird, daß der Übergang auf die von der Interalliierten Kommission bestimmten Straßen beschränkt bleibt und daß auch vor der Anwendung des Standrechts gegen Plünderer und Mörder nicht zurückgeschreckt wird. Die Note erinnert daran, daß die Alliierten Regierungen die Verantwortung für die öffentliche Ruhe und Ordnung in Oberschlesien übernommen haben und erwarten, daß sie kein Mittel unversucht lassen, um der Bevölkerung dasjenige Gefühl der Sicherheit zu geben, ohne das eine freie, geheime und uneingeschränkte Abstimmung unmöglich ist.

Ludendorff und der Bolschewismus.

Ein moderner Kreuzzug.

Die ausländische Presse beschäftigt sich mit einer Denkschrift, die General Ludendorff vor einiger Zeit französisch und englisch veröffentlicht hat. Ludendorff versucht darin zu beweisen, daß der Bolschewismus nur durch Waffengewalt beseitigt werden könne und die Mitwirkung Deutschlands dabei erforderlich sei.

Im Falle eines bolschewistischen Einmarsches in Deutschland würde nur Bayern, nach Ludendorff, wirklich Wider-

stand leisten. Deshalb müsse man einer bolschewistischen Offensive zuvorkommen und nach Moskau marschieren. Dazu wären 1 300 000 Mann notwendig. Ludendorff deutet weiter an, daß die Entente dem deutschen Volke natürlich einen Preis für seine Mühe in Aussicht stellen müßte. Die Bewaffung dieses deutschen Expeditionsheeres hätte durch die Entente zu erfolgen. Im letzten Teile der Denkschrift versucht Ludendorff etwaige Besorgnisse der Entente zu beschwichtigen. Er betont, daß die Entente jederzeit die Verpflegung und Munitionsversorgung des deutschen Heeres einstellen könne, falls sie Grund zu haben glaube, einen deutschen Angriff gegen Frankreich bestärken zu müssen. Er meint weiter, die Franzosen könnten in einem solchen Falle ohne weiteres in Deutschland einmarschieren, und England habe stets die Möglichkeit, die Blockade über Deutschland zu verhängen.

Ein Mahnruf aus Italien.

Drohende Isolierung Frankreichs.

Die italienische Zeitung „Messaggero“ bringt einen aufsehenerregenden Artikel über die Lösung des deutschen Problems auf der bevorstehenden Konferenz. Das Blatt meint, die Entwaffnung Deutschlands dürfe nicht zum Vorwand einer neuen militärischen Aktion dienen, wie Frankreich das vorhat. Aus Rücksicht auf die Ruhe Europas müsse ein Kompromiß besonders über den Abrüstungsstern gefunden werden, auch wenn das französische Ministerium darüber stützen sollte. Italien werde wohl bereits in London und Paris mitgeteilt haben, daß die Roten des Generals Klotz erfolgt seien, ohne daß die anderen Verbündeten benachrichtigt worden seien oder ihre Zustimmung gegeben hätten. Die französische Gewohnheit, die Verbündeten vor vollzogene Taten zu stellen, sei gefährlich, weil sie Frankreich isolieren werden. Auch das Problem der Wiedergutmachung habe seine Grenzen. Eine feste Summe müsse aufgestellt werden, die aber Deutschland die Möglichkeit eines selbständigen Wirtschaftens und der Zahlung seiner eigenen Kriegsschulden lasse.

England und die deutsche Kriegsschadigung.

Die halbamtliche Londoner „Weltminister Gazette“ schreibt bemerkenswerterweise, Frankreich sei jetzt (d. h. nach der Stellungnahme Englands) bereit, anzuerkennen, daß von großen deutschen Zahlungen zur Entschädigung gegenwärtig nicht die Rede sein könne. Daher werde Frankreich keine übertriebenen Forderungen stellen, zu deren Durchsetzung militärischer Kraftaufwand nötig sein würde. Frankreich werde sich auf den Standpunkt stellen, es sei besser, vorläufig mit kleinen Abzahlungen zufrieden zu sein und diese durch deutsche Lieferungen von Rohmaterialien und Fertigwaren zu ergänzen. Der von Deutschland verlangte Gesamtbetrag werde dem Verfall der Abkommen gemäß, ungefähr am 1. Mai bekanntgegeben werden.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

* Die Frage der Bayerischen Einwohnervoten, die bekanntlich Gegenstand der Verhandlung zwischen Reichsregierung und Entente ist, dürfte, wie von unrichtigster Seite erklärt wird, schon in Kürze zur Entscheidung gelangen. Sobald die Antwort der Entente auf die Note der Reichsregierung in dieser Angelegenheit eingetroffen ist, wird die Regierung in München die Verhandlungen über die Entwaffnung der Einwohnervoten aufnehmen. Nach der Haltung, welche die bayerische Regierung einnimmt, ist zu erwarten, daß diese Verhandlungen ein befriedigendes Ergebnis haben werden.

* Unsaubere Wankenschancen Korfauchs. Ein Hauptmitarbeiter im Ludwigs-Hotel in Reichen, der Kassierer des polnischen Plebiszit-Kommissariats Wolski, der unter Mitnahme von 400 000 Mark verschwunden ist, hat von Mün-

chen aus an Korfauch folgenden Brief gerichtet: „Sie wollten mich zum Diebe machen. Ich bin zum Diebe geworden. Ich gebe Ihnen meine Adresse an, aber rate Ihnen, mich nicht verfolgen zu lassen, da ich instande bin, zu erwidern, daß Sie binnen acht Tagen aus Oberschlesien verschwinden müssen.“

* Konflikt zwischen Bürgern und Arbeitern. In Köslin ist ein Konflikt zwischen Bürgern und Arbeitern ausgebrochen. Der Grund dazu ist der Wiedereintritt des Bürgermeisters Ross in sein Amt, der seinerzeit nach dem Rapp-Putsch auf seinen eigenen Antrag vom Dienst beurlaubt wurde. Das Disziplinarverfahren endete mit der Rechtfertigung des Bürgermeisters. Die sozialdemokratische Arbeiterschaft droht nunmehr mit dem Generalstreik. Die sozialdemokratischen Magistratsmitglieder sind zum Protest gegen den Wiedereintritt des Bürgermeisters in die passive Resistenz getreten und erklären, mit dem Bürgermeister nicht zusammenarbeiten zu wollen. Die Urabstimmung über den Generalstreik der Arbeiterschaft von Köslin findet in den nächsten Tagen statt; für diesen Fall drohen die Bürger mit einem Bürgerstreik.

* Ein verbolener Vortrag Gotheins. Der Vortrag des Reichsministers a. D. Dr. Gothein in Reichen D. S. II von der interalliierten Behörde mit der Begründung, daß er zu spät angemeldet wurde und in einem staatlichen Gebäude (Kauf der Oberrealschule) vor sich gehen sollte, verbolener worden.

* Fortbildungspflicht für alle Jugendlichen. Wie verlautet, ist ein Reichsgesetz über Einführung der obligatorischen Fach- und Fortbildungspflicht für alle Jugendlichen bis zum 18. Jahre, auch der Hausangestellten, in Vorbereitung.

* Die Goldmark-Prämie. Nach dem von der Regierung den Gewerkschaftsvertretern des Ruhrreviers vorgelegten Kassenbericht über die Verwendung der fünf Goldmark-Prämie (gemäß Spa-Abkommen) überföhrte die Aufgaben bis zum 14. Januar 1921 die überwiesenen Einnahmen um 80,57 Millionen Mark. Frankreich hat die in der Zeit vom August bis Oktober erhaltenen Spa-Kohlen verrechnet, während Belgien für August und September bezahlt, hat Italien bisher noch nichts überwiesen.

* Rücktritt der Schweizer Regierung. Infolge des im mecklenburgischen Landtage zum Ausdruck gebrachten Mißtrauensvotums der linken Mehrheit überreichte das gesamte Staatsministerium dem Hause seine Rücktrittserklärung. Ministerpräsident Dr. Reinde-Bloch betonte dabei ausdrücklich, daß das Ministerium das Verhalten des Justizministers billigen müsse.

* Wahlbündnis zwischen Zentrum und Deutsch-hannoveranern. Wie aus Hannover gemeldet wird, ist durch Beschluß der maßgebenden Parteioptionen der Deutsch-hannoverschen Partei und des Zentrums durch die ganze Provinz Hannover für die am 20. Februar stattfindenden Wahlen zum Preussischen Landtag und zum Provinzial-Landtag ein Wahlbündnis abgeschlossen worden mit der ausdrücklichen Zusicherung, daß es von längerer Dauer sein soll.

Frankreich.

General Wrangel rükt ab. Nach Überelunft mit der französischen Regierung hat General Wrangel beschlossen, seine ganze Handelsflotte nach Marjalle zu lenken, während seine militärische Flotte in Vifesta abgerüstet werden soll. Die Handelsflotte, etwa 15 an der Zahl, haben sämtlich volle Bemannung.

Amerika.

Die Gründe für den Rücktritt der Vereinigten Staaten. Über die Gründe, die die Regierung der Vereinigten Staaten veranlaßt haben, sich ferner nicht mehr an den Sitzungen des Völkervereinigung zu beteiligen, wird aus Washington gemeldet: „Obwohl die Beamten des Staatsdepartements sich weigerten, diese Frage zu erörtern, geben sie zu, daß die amerikanische Regierung auf der in der nächsten Woche stattfindenden Konferenz der Ministerpräsidenten nicht vertreten sein würde. Sie er-